

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: i. B. K. Zauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wägling (vorm. Wm. Weig), Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Wochenblatt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparisse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 93

Donnerstag, den 4. August 1932.

45 Jahrgang

## Endgültige Zahlen

Verichtigtes vorläufiges amtliches Endergebnis.  
Der Reichswahlleiter gibt folgendes verichtigtes vorläufiges Endergebnis der Reichswahl bekannt:

Gültige Stimmen insgesamt: 36 862 434

1. Sozialdemokraten	7 953 986	133 Sitze
2. Nationalsozialisten	13 727 748	230 "
3. Kommunisten und SAP.	5 365 666	89 "
4. Zentrum	4 587 427	75 "
5. Deutschnationale	2 184 971	37 "
6. Deutsche Volkspartei	435 547	7 "
7. Wirtschaftspartei	146 107	1 "
8. Staatspartei	373 560	4 "
9. Bayerische Volkspartei	1 202 617	22 "
10. Deutsches Landvolk	91 287	1 "
11. Christlich-Soz. Volksblock	364 886	4 "
11a. Volksrechtspartei	40 927	
12. Deutsche Bauernpartei	137 090	2 "
14. Bauern. Weingrb. (Odb.)	96 868	2 "
15. Dt. Hannover. Partei	46 873	
16. Hörsingh. d. Bremen 5000 Mt.	1 147	
18. Dt. Einheitspartei	1 842	
20. Dt. Soz. Kampfbewegung	953	
21. Nationale Minderheiten	34 969	
23. Schicksalgen. d. E.	549	
24. Kampfgem. d. Arbeiter	4 597	
25. Freiwirtschaftl. Partei	14 131	
26. u. 27. Ger. Dem. u. D. Hfsg.	2 656	
Sonstige Parteien	880	

Bei der Berechnung der Sitzhabe ist hierbei von den Wahllokationen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Berechnung ihrer Reststimmen getroffen worden sind.

## Ruhe — erste Bürgerpflicht!

Dr. Braht wohnt vor Gemaltflut.

Berlin, 2. August.  
Der mit der Wahrnehmung der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Bevollmächtigte des Reichsstaatsministers für Preußen, Dr. Braht, erklärt folgenden Anruf:

Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angezweifelt werden. Ich wane zum letzten Mal! Die Staatsregierung wird selbst drakonische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber dem friedlichen Staatsbürger reiflos zu erfüllen und den Würgerfreude zu mahnen, den unter Land braucht! Ich wane auch alle Organisationen wie schon einzelnen, weiter zu tätigen Taten zu setzen. Die Presse hat sich jeder Aufpeisung der Verleumdungen auf durch unrichtige Berichterstattung zu enthalten, andernfalls hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.

## Neues Kanzler-Interview

Gegen Herrschaft der Parteien.

Berlin, 3. August.  
Der Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher von Bapen zunächst rundweg und ungenau deutig erklärte, seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.  
Er sagte dann weiter: „Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestehen der Regierung genehmigt hat, das Land von der Parteikontrolle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unter Bemühen, Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.“

### Unterstützung des Zentrums?

Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm vor dem Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angesichts des dringenden Bedürfnisses nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Saale zu weichen mögen.“  
von Bapen hoffte, daß die Zentrumspartei nicht das Obium auf sich laden würde, eine Kabinetskrise heranzuführen. Hinsichtlich Adolf Hitler sei er der Überzeugung, daß der Augenblick gekommen sei, da der nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitwirken müsse. Der Reichskanzler erklärte weiter:

### Die Staatsform.

„Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten vor Debate. Das stand auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darauf bedacht, sein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.“

Schließlich machte der Vertreter der amerikanischen Agentur den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Linkspresse der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie ge-

gen kommunistische Ausbreitungen Stellung nehme, aber nichts lüge, wenn Nationalsozialisten sich Gelegenheitsverleumdungen zuzulassen ließen.

### Gegen jeglichen Terror.

Der Reichskanzler erwiderte darauf unerschrocken und bestimmt: „Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird er dafür, daß wir entschlossen sind, recht und faires Verfahren mit ihm zu verfahren.“ Der Reichskanzler erklärte, daß die Pflicht bestände, die kommunistische Partei für außer des Gesetzes stehend zu erklären.  
Als der amerikanische Journalist fragte, was der Reichskanzler mit seiner Anspielung auf eine „mögliche Verleumdung“ in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler:

### Wahlreform.

Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.  
Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unser sogenanntes Wahlsystem, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltenen Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Ich hoffe, daß unter Wahlhelfern in dem Sinne revidiert wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wiederhergestellt wird.

### Verfassungsreform.

Der Reichskanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer der Verfassungsreformen gesprochen hätten, aber niemand habe gehandelt. „Sinnlos wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichskommissar für Preußen verschmolzen wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Finanzreformen zu verwirklichen. Die Lösung im Reich als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürftig.“

## Die Regierungsfrage in Preußen

Aufsetzentat am Mittwoch. — Vor der Ministerpräsidentenwahl.

Berlin, 2. August.

Der Reichskanzler hat als Reichskommissar für Preußen den Preussischen Landtag offiziell in einem Schreiben von der Bildung der provisorischen preussischen Regierung Kenntnis gegeben. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun und die übrigen preussischen Minister von der Ausübung ihrer Amtspflichten entbunden worden seien, weiter werden die Namen der Staatssekretäre mitgeteilt, die mit der vorläufigen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind.  
Der Ministerpräsident des Landes ist für Mittwoch zu einer Sitzung einberufen, um den Termin der nächsten Landtagssitzung festzusetzen. Wahrscheinlich wird der Preussische Landtag schon in der nächsten Woche zusammentreten. Seine Hauptaufgabe wäre die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, die nach gemeinsamer Vereinbarung von Zentrum und Nationalsozialisten bis nach der Reichstagswahl verschoben worden wird.

## Wollung des Reichsrats

Eintrische mehrerer Länderregierungen.

Berlin, 3. August.

Am Reichsrat teilte Reichsinnenminister Freiwirth von Bapen mit, die Reichsregierung habe von den früheren Erklärungen der Länder über die Reichsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen und erhoffe ein weiteres reibungsloses Zusammenarbeiten. Zu dieser Hoffnung sei die Reichsregierung um so mehr berechtigt, als die Gewähr gegeben sei, daß die Reichsratsgänger durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.

Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erklärte, die neue Zusammenlegung des Reichsrats entspricht nicht der Reichsverfassung; der Reichsrat liege nicht in der Lage, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Bapen behalte sich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Vertreter Bismarckbergs Badens, Hessens, Hamburgs, Lübeck, Bremens, Lipps und Schaumburg-Lippes gaben ähnliche Erklärungen ab. Die Vertreter der preussischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit vor.  
Die sachlichen Verhandlungen des Reichsrats betreffen kleinere Vorlagen, wie überhaupt in den nächsten Wochen Beratungsgegenstände von größerer Bedeutung dem Reichsrat nicht zugehen werden.

Zu Beginn der Sitzung hatte Reichsinnenminister Freiwirth von Bapen noch der Opfer der „Tisbe“-Katastrophe gedacht.

## Schafft Arbeit und Brot!

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevorandes.

Berlin, 3. August.

Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden hat sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung mit den von dem Präsidenten des Verbandes, Landrat a. D.

Dr. Gerete-Pressel, aufgestellten nachfolgenden Richtlinien einigling einverstanden erklärt:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Befreiung des Arbeitsmarktes notwendige öffentliche Arbeiten vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.
  2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrswirtschaftlichen und öffentlichen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einheitlich unter Mitwirkung der Selbstverwaltungsorganen aufzustellen und durchzuführen.
  3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten zu solchem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt, und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gefördert wird.
  4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in beschränkter Grenzen gehaltene zusätzliche Kreditgewährung auf der Grundlage des Haushaltsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten.
- Der dargelegte Verfahr ist im Interesse der Finanzierung der Aufgaben durch Ausbau des Straßenverkehrs und durch Verfestigung des Schotterverkehrs zu erwirken. Die Kredite sind in ihrer Laufzeit entsprechend dem verwendeten Zweck zu begrenzen. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Kreditinstituten zu überwachen.

## Kirche und Staat

Der evangelische Religionsunterricht in Preußen.

Berlin, 3. August.

Ämtlich wird mitgeteilt: Am Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen Preußens an der Erteilung des Religionsunterrichts im Rahmen des Art. 149 Abs. 1 der Reichsverfassung geklärt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen zwischen dem Unterrichtsministerium und den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats (zuletzt namens der der altpreußischen Union nicht angehörigen preussischen Landeskirchen) und den hauptsächlich evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preussischen Landtag sowie gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.

Nach erweiterter Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Bestätigung der damals festgestellten Grundsätze entschlossen. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit abgeben, durch Beauftragung in der Regel staatliche Schulstellen zu besetzen, ausgenommen Lehrer oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Behörde genießen, den Religionsunterricht betreiben zu lassen.

Die Neuregelung läßt die Rechte der staatlichen Schulaufsicht unberührt.

## Bundeskanzler Dr. Seipel †

Wien, 3. August.

Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel ist im Sanatorium „Waldrieden“ im Wiener Wald seinem langen Leben erlegen.



Die Christlichsozialen Partei Österreichs hat ihren Führer verloren, der allerdings in letzter Zeit infolge seiner Krankheit nicht mehr aktiv in der politischen Geschäftswelt eingriff, der aber dieser Partei, die er seit dem Ende des Krieges und dem Umsturz in Österreich leitete, den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt hat. Der Theologieprofessor, der von dem letzten österreichischen Kaiser in die Politik gerufen wurde, der aber damals ebenso wenig wie seine Freunde noch etwas retten konnte, hat in dem neuen österreichischen Staat immer eine führende Rolle innegehabt, und seine Führerschaft ist wiederholt durch die Leitung österreichischer Kabinete auch noch auf ihn übertragen worden. Er hat in dieser Zeit eine Politik verfolgt, deren Ursprünge in das alte Österreich zurückzuführen, und aus dieser Herkunft seines politischen Willens erklären sich auch die Hemmnisse, die er gegenüber der allzu betonten Propagierung des Anschlussgedankens an Deutschland hatte und des Österreich auch geltend machte. Diese kritische Feststellung kann nicht verhindern anerkennen, daß Seipel, der als

Gelehrter und als Mann der Kirche sicher seinen Weg gemacht hätte, auch als Staatsmann einer der besten Möglichkeiten Deisterreichs war. Seine letzte ministerielle Rolle spielte er in dem Kabinett Dautigny, in dem er das Außenministerium führte, und in dem er bereit war, seinen Frieden mit der Seinerwehrbewegung zu machen. Seine Neigung zu einer scharfen Front gegen die Sozialdemokratie ist bei dieser letzten Gelegenheit besonders deutlich geworden. In der politischen Geschichte des neuen österreichischen Staates wird sein Name vor allem verbunden bleiben mit der Unterzeichnung des Genfer Protokolls von 1922, das zwar Deisterreich aus einer atonalen Finanzkrise rettete, das aber zugleich der Auftakt war für eine Politik, die im Laufe der Jahre die Selbstständigkeit Deisterreichs immer bedeutlicher untergrub und insbesondere die Vernichtung des Anschlagsgedankens immer schwerer gefährdete. Persönlich hat Seipel bei seinen Vandalen und über die Grenzen Deisterreichs hinaus Achtung und Sympathie ermornt; das zeigte sich besonders anlässlich des Anschlags, der im Jahre 1924 auf ihn verübt wurde und der damals sein Leben ernsthaft gefährdete.

## Robilmachung in Paragua

Ca Paz, 3. August.

Der alte Streit der südamerikanischen Republiken Bolivien und Paraguay um das Gran-Chaco-Gebiet hat eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Bolivianische Truppen füllten die Forts Bouqueron und Toledo und eroberten damit zwei der wichtigsten paraguayischen Befestigungen im Gran Chaco. Die Regierung Paraguays hat darauf die Robilmachung angeordnet. Für die Verteidigung der Hauptplätze stehen 10 000 Mann bereit.

In Ca Paz wurde die Nachricht von der Einnahme des Forts Bouqueron und der Bevölkerung mit förmlicher Geflüsterung ausgenommen. Die Menge versammelten sich an den öffentlichen Aufsammlungen in den Straßen. Der Bürgerführer Batino folgte der bolivianischen Regierung mehrere Millionen Korb und 15 Kriegsluftzeuge zur Verfügung gestellt haben.

Das Außenministerium von Paragua hat ein Telegramm an den Botschafter in Buenos Aires geschickt, in dem es Bolivien beschuldigt, die Abgabe von Waffen, Munition und anderen Kriegsgegenständen zu haben. Gleichzeitig hat sich Paragua in Beanstandigung einer Note des Botschafterpräsidenten bereit erklärt, eine schiedsrichterliche Entscheidung anzunehmen.

Die bolivianische Regierung hat den Vorschlag der in Washington tagenden fünf neutralen Staaten Südamerikas, sich weite militärische Vorbereitungen im Gran-Chaco-Gebiet zu enthalten, abgelehnt.

## Deutsche Tageschau

### Vorparlamentsfeier im Reichstag war gemächlich.

Die Parlamentsfeier im Reichstag am 11. August findet im gemütlichen Rahmen statt. Der Reichspräsident wird persönlich daran teilnehmen. Die Feier wird sich folgendermaßen abspielen: Zunächst bringt das Präsidialministerium die Dienerin zu dem Kaiser zu dem Kaiser zu dem Kaiser. Darauf spricht Reichspräsident Hindenburg. Die Rede ist eine sehr dankbare Rede des Reichspräsidenten Hindenburg (3. Satz der Symphonie Nr. 4 in C-moll von Johannes Brahms) wird der Reichspräsident eine Ansprache halten. Die Feier wird beendet mit dem gemeinsamen Gelebe des Deutschen Volkes.

### Einberufung des Auswärtigen Ausschusses abgelehnt.

Der Vorstand des Auswärtigen Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Fiedl, hat den Kommunisten mitgeteilt, daß er den Auswärtigen Ausschuss nicht einberufen werde. Wie von kommunistischer Seite erklärt wird, wird man sich bei diesem Bescheid nicht zufrieden geben, sondern die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, der als ständiger Ausschuss des Reichstags bis zum Zulaufertritt des neuen Reichstags noch in seiner bisherigen Zusammenfassung Geltung habe, trotzdem durchzusetzen versuchen, zumal eine Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses für die Einberufung vorhanden sein soll.

### Auflösung des sächsischen Landtags gefordert.

Zur Grund der Reichstagswahlberechtigung in den drei sächsischen Wahlkreisen verlangen jetzt die Nationalsozialisten die Auflösung des sächsischen Landtags. Die Regierung hat die Reichstagswahlberechtigung auf die Reichstagswahlberechtigung der Nationalsozialisten von 96 Seiten ab erhalten. Mit den Deutschen Nationalen, der DPS, den Christlichsozialen und den Volksrechtspartei, (zusammen 11) fei eine Reichsregierung mit einem arbeitsfähigen Landtag möglich. Da jedoch erst vor etwa 4 Wochen ein nationalsozialistischer Landtagsantrag im sächsischen Landtag abgelehnt worden ist, scheint mehr Aussicht dafür vorhanden zu sein, daß ein neuer Antrag mehr Aussicht auf Erfolg haben würde.

## Kleine politische Meldungen

Der Urlaub des Reichstagsleiters. Der Reichstagsleiter hat einen achtstägigen Urlaub angetreten. In seiner Abwesenheit wird er von dem Reichsinnenminister Feilner von Gans vertreten.

Züringischer Landtag am 23. August. Das gefächste Landtag in Thüringen hat beschlossen, den neuem Landtag in Thüringer Landtag für den 23. August einzuberufen.

Selbstmord eines früheren Ministerpräsidenten. Der frühere mecklenburgische Ministerpräsident Paul Schröder, der seit längerer Zeit an unheilbarer Zuckerkrankheit litt, hat in Kolberg durch Erschließen seines Lebens ein Ende gemacht.

Der Kohlenarbeiterstreik in Belgien-Eimburg beendet. Der Streit in den Kohlengruben bei Eimburg und Charleroi war nach einer dreiwöchigen Dauer beendet. Der Streit ist in den Kohlengruben bei Mons und Charleroi weiter fort.

44 Hinrichtungen in Peru. Als Raubtäter in den revolutionären Kämpfen in der peruanischen Stadt Trujillo wurden 44 Zivilisandische hingerichtet.

## Aus der Umgegend

Neuba, 3. August.

— Kinderfest der Kleinkinderschule. Ein zweites Kinderfest wird es in unserer Stadt in Kürze geben. Während das Kinderfest der Schulpflichtigen bereits der Erinnerung angeht, haben die Kleinen ein Fest, bei dem der Altersunterschied fast nicht mehr zu bemerken ist. Dieses Fest wird am Freitag, den 14. August stattfinden. Das wird aber ein Festtag werden, denn die Kleinen werden sich mit Schindeln entsetzen haben.

— Die Entenarbeiten schreiten rüstig vorwärts. Schon seit voriger Woche herrscht in den hiesigen Fluren ein munteres Leben. Hier singt die Sense, die in diesem Jahre mehr denn sonst wieder zur Hand genommen werden muß,

ein wehmütig Lied, während nebenan die Mähmaschine eine größere Fläche umtreibt und Garbe um Garbe festgehoben zur Seite legt. Nur dem Weiden oberer, die zum Ernte führen, schwanzt der Wagen, wollehalten, der beglückten Scheune zu. Insofern der Druck nicht schon drücken vor den Toren, wo die Maschinen erst vom frühen Morgen bis zum späten Abend lurren, vorgenommen sind. — Was es nun Wähen, Aufbinden oder Dreschen sein, ein Tag wie das andere wird, führt den großen Wirt, was der Getreide entlasten ist, ganz erheblich erschwert. Wenn dann zu alle dem die Müden und Fliegen noch anfangen, lästig zu werden, so kann man es dem Landarbeiter wohl nachfühlen, wenn er sich nach getaner Arbeit nach Ruhe sehnt, um am kommenden Morgen sein Tagewerk von neuem wieder beginnen zu können.

— Preussisch-Sächsische Klassenlotterie. Die große Haupt- und Schlußziehung der 39. (265.) Lotterie beginnt am 8. August und endet am 12. September. Während dieser Zeit kommt die Riechelsumme von über 96 Millionen Reichsmark zur Auspielung. Außerdem werden neu 100 Schlußprämien zu je 3000 Reichsmark ausgelost.

— Weitere Zunahme der Volkshärterwerblosen in den Landkreisen. In den deutschen Landkreisen hat die Zahl der Volkshärterwerblosen am 30. Juni 1932 einen Stand von 837 000 erreicht. Das bedeutet gegenüber dem 31. Mai 1932 (815 700) eine Steigerung um 2,7 Proz. gegenüber dem Vorjahr — 30. Juni 1931 — eine Zunahme um 141 Proz.

— Appell aller Chem. 38er. Am 20. und 21. August d. J. begeht die „Freie Vereinigung ehem. 38er“, Sitz Halle a. d. S., ihr 25jähriges Bestehen in Verbindung mit dem 50. Stiftungsfest des Hallischen Jünger-Vereins 38. Aus diesem Anlaß hat die Freie Vereinigung einen Appell aller Angehörigen des Jünger-Vereins 38, 36, 38, 36, 36 und Landwehr-Inf.-Rgt. 36 in diesen Tagen in Halle a. S. angestellt. — Näheres durch Ramend Hauptstadtmeister Müller, Halle a. S., Airator 20.

— Urlaubsferien werden am Ende. Seit Einführung der im 20. d. J. erlassenen Urlaubsferien hat das Interesse für die Urlaubsferien sehr stark nachgelassen, so daß zwischen dem Norden und Süden sowie in umgekehrter Richtung manche Ferienlongerzie ausfallen. Den Reisenden, die bereits Fahrkarten für ausgewählte Ferienlongerzie gekauft haben, wird gestattet, gemöhnliche Züge zu benutzen, Eil- und Schnellzüge gegen Zahlung der entsprechenden Aufschläge. Die Erhaltung der Ferienlongerzie, deren Ermäßigung mit 20 d. J. nicht größer ist als jene für Urlaubsferien für Einzelreisende, wäre es nötig, die Ermäßigung auf 30 bis 40 v. J. festzusetzen.

— Sangerhausen. (Kreis-)Kammer der D.L. Am Sonntag brachte der 13. Lantkreis Thüringen seine letzten Weisterschichten unter Dach und Fach. Es galt, die Besten im Schwimmen zu ermitteln, die den Kreis bei den Deutschen Schwimmerschwimmern am 20. und 21. August in Erfurt vertreten werden. Als Austragungsort fand das Stadthaus in Sangerhausen zur Verfügung. Bereits am Sonnabend hatten sich rund 1700 Gäste zur Begrüßungsfeier im Bade eingefunden. Auch Kreisvertreter Wilto-Silbbergarten waren erschienen und machte in einer längeren Rede die Gäste mit den Hoffnungen der D.L. bekannt. Die Wettkämpfe nahmen am Sonntag bei schönem Sommerwetter einen guten und spannenden Verlauf. Fast 2000 Zuschauer waren Zeuge der Kämpfe. Nicht weniger als fünf Reichsleistungsleistungen wurden überbunden. So wurde z. B. die Zeit im 400-Meter-Kreisschwimmen der Turner auch um 7 Sekunden verbessert. Der bisherige Kreismeister im Springen, Friedrich-Halle, mußte seinen Titel an Stegmann-Imradol abtreten, welcher auch 1. Sieger im Mehrkampf wurde.

— Merleburg. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Reichstagswahl gelten im Wahlkreis 11 (Halle-Merleburg) folgende Kandidaten als gewählt: SPD: Dr. Paul Herr, Schriftsteller, Berlin; Franz Peters, Parteisekretär, Halle.

NSDAP: Franz Engel, Handlungsgehilfe, Berlin; Ernst Schlange, Landwirt, Naumburg; Franz Tichel, Hausinspizitor, Wittenberg; Hans Wolfersdorfer, Kaufmann, Halle; Soachim Wüning, Landwirt, Kleinbellmendorf.

DDP: Ernst Schöllmann, Hamburg; Otto Walter, Zimmermann, Teudern; Frau Marie Ahlers, Eisenleben.

FRP: Thilo von Trotha, Landwirt, Schloß Scopau bei Merleburg.

Ob die Gewählten ihre Wahl in diesem oder in einem anderen Wahlkreis annehmen, steht noch nicht fest. Das endgültige Wahlergebnis ist erst dann zu ermitteln, wenn der Reichswahlleiter einerseits das Wahlergebnis endgültig festgelegt hat.

— Merleburg. Mit einem Fehlbetrag von etwa einer Million wird der Etat des Landkreises Merleburg voraussichtlich abschließen.

— Merleburg. Ein Reisender aus Bad Dürrenberg hatte dem Wohlfahrtsamt folgende hiesig unvollkommene Angaben über die Höhe seines Verdienstes gemacht. Er war dadurch unberechtigtweise in den Genuss von Unterstützungsgeldern gelang. Das Schöffengericht erteilte den Reisenden wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis.

An der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß bei dem Bezuge von öffentlichen Unterstützungen jeder Nebenverdienst anzugeben ist.

— Lenna. Der Polizeioberwachmeister Karl B. von hier hat sich im Grenzpaar Wäldchen bei seiner Dienstreise erschossen. Die Gründe der Tat sind nicht bekannt. Der Besatte, der sich in Kollegentreiben großer Beisehtheit erfreute, hatte bereits des öfteren seine Frau gegenüber Selbstmordgedanken geäußert. Als seine Frau am Sonnabend nach Hause kam und erfuhr, daß ihr Mann sich in das abgelegene Wäldchen geschossen habe, eilte sie ihm sofort nach. Ihr Mann gab, als er sie erblie, zwei Schüsse auf sie ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Darauf löste er sich durch zwei Schüsse. Er hatte seine Frau bereits früher gebeten, mit ihm zusammen aus dem Leben zu scheiden.

— Liebenwerda. Beim Abbläsen eines Strandes, der in der Nacht in Weidenau in einem Gebläse ausbrach, kam der Klärbetriebe Georg Zsche um Leben. Er war auf das Dach des brennenden Gebäudes gestiegen, das plötzlich nachgab. Diese führte in die Flammen. Da die Türen verschlossen waren, kam die Feuerwehr erst nach geraumer Zeit an den Abgefürzten heran. Er wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, wo er am Sonntagmorgen verstarb.

— Gollpa. Beim Herunterfallen einer Bohle wurden einige Männer vom Lande entzogen. Die Bohle trat anlässlich der Trauer um die Opfer der „Aio be“ gefährt worden. Als der Landlader sich auf die Verfolgung der Täter machte, wurde er von diesen angegriffen und mit einem schweren Gegenstand ins Gesicht geschlagen. Die Täter konnten später festgenommen werden.

— Biffla. E. Fischer. Ein aus den Ästen liegender Stein brachte eine Selbstschuß zum Tode. Hierdurch wurden die Verfehle schon und rufen mit den ungelegenen Voren davon. Ein Mädchen erlitt erhebliche Verletzungen. Die übrigen auf den Toren befindlichen Personen kamen mit dem Schreden davon.

— Reinsdorf (Kreis Vietzenberg). Im Garten des Werkmeyers Buder fiel das dreißährige Schloß des Arbeiters Großl, das an einem Zehnbeinige spielte, in das 30 Zentimeter tiefe Wasser. Als die Mutter das Kind fand, war es bereits ertrunken.

— Herzberg a. d. Elster. Eine schwere Schlägerei entspann sich zwischen zwei Arbeiter aus dem Saftentzuchtwerk. Die Polizei trieb die Streitenden mit dem Gummiknüppel auseinander. Bei der Durchsührung nach Waffen wurde einem Kommunisten ein Revolver abgenommen.

— Leipzig. Nachts wurde ein Bauarbeiter auf dem Dachbauwerke von seiner Arbeitsstelle von einem unbekannten Mann verschoben und mit beiden Händen am Saftentzucht gefährt. Als der Bauarbeiter sich zur Wehr setzte, ertrug der Täter ihm Pfeiler ins Gesicht und schüttete in die antiegender Anlagen. „Halt auf!“ rief der Arbeiter aus und war von jungen Burigen gehört, aber nicht beachtet worden, so daß der Räuber entkam.

— Nordhausen. Zehnjährige Großkinder und Kleinkinder wurden ein Kinderspieltorn bei einem Verlesung der Kleinbahn Weichrode-Hersberg überfahren. Das Landwirtschapschaar, das auf dem Wagen saß, wurde getötet. Der Bahnübergang ist ungeschützt.

— Leopoldshall. In Leopoldshall wurde der Kommunist Hans Grünmann zum Stadtrat gewählt, und zwar mit Hilfe der Sozialdemokraten. Die amtliche Regierung hat nun die Befähigung abgelehnt mit der Begründung, daß durch die Person und durch die Zugehörigkeit zur KPD nicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung des Amtes geboten ist.

— Jellen. Am Ferienort erkrankte der Enkel des Rentners Reichardt, der bei seinen Großeltern die Ferien verbrachte, an Typhus. Er starb beim Anhalten der Station in die dicht vorbeifließende Elster und ertrank. Die Eltern des Kindes wohnen in Chemnitz.

— Dessau. Der mehrjährige Reichsrichter zwischen der Stadt Dessau und dem Reichswehrkreis, dessen Tätigkeit die Friedrichsallee in Dessau war, wurde jetzt durch einen Vergleich beendet. Die Stadt hatte vor dem Krieg die Baupläne für das Bauwerk erstellt. Der Reichsrichter ließ dafür eine Miete, in der der Baugrunde eingekauft wurde. Durch die Geldwertung wurde eine neue Vereinbarung nötig, die aber nicht erfüllt werden konnte. Inzwischen wurde man sich nicht über den Sachverhalt der Gebäude einig. Der jetzt geschlossene Vergleich sieht vor, daß der Reichswehrkreis bis zum Jahre 1938 jährlich rund 71 000 Mark Miete zahlt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann die Friedrichsallee mit den zu ihr gehörenden Bauplänen Eigentum des Reichs.

— Dessau. Ein trauriger Rekord. Anhalt steht nach neueren Feststellungen in der Selbstmordstatistik an der Spitze aller deutschen Länder. Gegenüber 111 Fällen, in denen männliche, und 36 Fällen, in denen weibliche Personen den Tod suchten, lauten die Zahlen im Jahre 1930 noch höher. Während der Reichswehrschwimm mit 115 für die Jahre festgelegt sind, beträgt die Durchschnittszahl für Anhalt im Jahre 1930 157.

— Schöneberg für den freiwilligen Arbeitsdienst haben sich jetzt über hundert Angehörige des Reichsbanners gemeldet. Geplant ist die Aufklärung der ehemaligen Zementfabrik. Die Arbeiten werden etwa 17 Wochen in Anspruch nehmen; die Endabfertigung soll 10,80 Mark pro Woche bei fünfstündiger Arbeitszeit betragen.

— Radegburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.

— Merleburg. Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, pflügend brach. Diese Auf- und Arbeit rufen die selbständigen Betriebe zweifellos um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendigste zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück. Die Beträge zu den Unfallversicherungen sind für eine größere Zahl von Betrieben ein finanzielles Unglück.



# Die Verwaltung der Stadt Nebra (Unstrut).

Mit banger Sorge gehen die Stadt- und Gemeindeverwaltungen jetzt überall an die Beratung der Haushaltspläne. Die immer weiter abwärts findende Kurve der Steuereingänge auf der einen und die gewaltig ansteigenden Forderungslasten auf der anderen Seite stellen Anforderungen, die wenn nicht bald eine Befreiung eintritt, viele Verwaltungen nicht mehr erfüllen können. Unsere Stadt ist von der Wirtschaftskrise besonders hart betroffen und die Stadtväter haben in nächster Zeit die wenig heilsameren Aufgabe, den nunmehr von der Stadtverwaltung fertig gestellten Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 1932 zu beraten. Es wird nicht leicht sein, die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen.

Der Haushaltsvoranschlag ist in diesen Tagen herausgegangen; dazu hat Herr Bürgermeister Grünberg einen eingehenden Verwaltungsratsbericht für die Jahre 1930/31 ausgearbeitet, der Aufschluß gibt über die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Wenn es bisher gelungen ist, ernste Kräfte zu wecken, so ist das der unermüdlichen Sorge unserer fähigsten Körperkräfte zu danken, die stets Mühe und Wege gefunden haben, die etwa auftretenden Schwierigkeiten zu bewältigen.

Da es von größter Wichtigkeit ist, daß alle Einwohner einen Einblick bekommen in die Aufgaben, vor die unsere Stadtverwaltung gestellt war, bringen wir nachstehend den uns zur Verfügung gestellten Bericht im Auszuge:

## 1. Allgemeines.

Zwei schwere Notjahre liegen hinter uns. Ständig steigende Arbeitslosigkeit, ungeheurer anwachsender Forderungslasten, mehr und mehr sinkende Steuerkraft, Notverordnungen, die hart in das Leben jedes Einzelnen eingreifen und die Selbstverwaltung der Gemeinden aufs Äußerste einschränken, kennzeichnen ihren Weg.

Mit größter Aufmerksamkeit mußte die Gestaltung des häußlichen Haushalts überdacht werden, um stets zur rechten Zeit die zur Befreiung finanzieller Schwierigkeiten erforderlichen Maßnahmen zu treffen und immer wieder Mittel zur Erhaltung der von der Not der Zeit besonders hart betroffenen Mitbürger herbeizufinden.

Bisher ist es unter äußerster Anspannung aller Kräfte und Mittel gelungen, die häußlichen Finanzen in Ordnung zu halten und die Stadt vor ersten Gefährdungen zu bewahren. Die meisten Gemeinden sind jedoch am Ende ihrer finanziellen Kraft; viele sind schon zusammengebrochen. Wenn nicht das neue Jahr die schon lange bringende geforderte erhebliche Entlastung der Gemeinden — insbesondere von den Forderungsausgaben — endlich bringt, so muß auch die Stadt Nebra der künftigen Entwicklung der Dinge mit ernster Sorge entgegengehen.

## 2. Stadtgebiet — Bevölkerung — Wirtschaftsleben.

Der Stadtbezirk Nebra umfaßt eine Gesamtfläche von rd. 1360 Hektar. Davin sind enthalten der am 1.10.1928 eingemeindete ehem. Gutsbezirk Nebra und Teile des ehem. Gutsbezirkes Birgit mit rd. 620 Hektar.

Die Einwohnerzahl betrug am 1.4.1930 2243 Personen, am 1.4.1931 2307 Personen, am 1.4.1932 2290 Personen. Es sind geboren: 1930 50 Kinder, 1931 37 Kinder. Ehen sind geschlossen: 1930 15, 1931 11. Es sind verstorben: 1930 25, 1931 27 Personen.

Nach der Personenstandsaufnahme waren vorhanden: am 10.10.1930 — 339 Wohnhäuser und 623 Haushaltungen am 10.10.1931 — 341 Wohnhäuser und 635 Haushaltungen. Es sind Gewerbetriebe sind 130 vorhanden; 1 Fabrik (Papier- und Kartonfabrikation), 44 Handwerksbetriebe ohne Fabrikgeschäft, 26 Handwerksbetriebe mit Fabrikgeschäft, 25 Fabrikgeschäfte, 7 Gastwirtschaften, 27 sonstige Gewerbetriebe.

Mit Landwirtschaft beschäftigen sich 12 Betriebe, die über den eigenen Bedarf hinaus landwirtschaftliche Produkte erzeugen. Gemischt wurden: rd. 866 Hektar als Ackerland, rd. 131 Hektar als Wiesen und Weiden, rd. 249 Hektar als Forsten und Solungen.

Mit Viehhaltung beschäftigen sich 340 Haushaltungen. Die Viehzählung am 1.12.1931 hat folgendes Ergebnis: 78 Pferde, 174 Rinder, 565 Schafe, 578 Schweine, 127 Ziegen, 573 Kaninchen, 228 Stüd Federvieh, 81 Vienenstände.

Die Stadt Nebra hatte früher ein blühendes, sich aufwärts entwickelndes Wirtschaftsleben. Bei der Güte des Bodens zentrierte die Landwirtschaft die Steinbrüche und später die Zelluloseindustrie gab vielen Arbeitssuchenden Lohn und Brot. Regler Transportverkehr herrschte auf der Unstrut. Landwirtschaft und Industrie beschäftigten auch das Handwerk in reichem Maße.

Seit die das Wirtschaftsleben der Stadt einmal durch Stilllegung der voranemenden Industriezweige, zum anderen durch die schwierige Lage der Landwirtschaft aufs schwerste erschüttert.

Der im vorigen Jahre von einem auswärtigen Unternehmer gemachte Versuch, einen Sandsteinbruch erneut in Betrieb zu setzen, um den wertvollen und früher in Großstädten viel verwendeten Nebraner Sandstein als Baustoff wieder auf den Markt zu bringen, scheiterte an der Schwierigkeit der Finanzierung.

Die mangelnde Kaufkraft einer großen Anzahl von unbefähigten Arbeitnehmern macht sich in den Geldverhältnissen empfindlich bemerkbar. Das vor allem von der Landwirtschaft abhängige Handwerk ist ohne Aufträge und Vertriebsmöglichkeiten. Die ungeheuer angewachsenen öffentlichen Kosten ha-

ben zu einer für eine Kleinstadt unverhältnismäßig hohen Beleuerung des Gemeinbes und Grundbesitzes geführt, die von immer weniger Schultern getragen werden muß.

Die hohe steuerliche Belastung ließ bei der Leitung der hiesigen Wirtschaft den Plan reifen, den Gemeinbetrieb nach der Heranziehung sämtlicher bestehenden Stadt Neuburg zu verlegen, wo bereits ein Fabrikbetrieb eingerichtet ist und sonstige günstige Verhältnisse eine wirtschaftlichere Betriebsführung ermöglichen sollen. Dieser Plan wurde dem Magistrat im März v. Js. als feststehende Tatsache mitgeteilt.

Die mit der Firma sofort aufgenommenen Verhandlungen hatten zunächst die Zurückstellung der Verlegung zur Folge. Weitere Befragungen führten zu einer Vereinbarung, nach der die Firma für die Rechnungsjahre 1931—1935 anstelle der alljährlich nach dem tatsächlichen Gewerbesteuer bzw. Kapital neu zu berechnenden Gewerbesteuer eine feststehende Steuerpauschale (8 43 RM.) zahlt, die aus dem Durchschnitt der für die letzten 3 Jahre festgelegten Gewerbesteuergrundbeträge  $\times$  Freiburger Zuschläge errechnet wurde. Dazu verpflichtete sich die Firma zur Verlegung von mindestens 20 Arbeitsplätzen mit Nebraner Einwohnern. Die Vereinbarung fand die Zustimmung der hiesigen Körperkassen und die Genehmigung des Bezirksauschusses, so daß das Verbleiben des letzten Fabrikbetriebes für die nächsten 5 Jahre und hoffentlich auch darüber hinaus, dazu mindestens 20 Arbeitsplätze und eine feste Steuereinnahme der Stadt gesichert werden konnten.

Ein harter Verlust für das Wirtschaftsleben der Stadt ist jedoch trotz aller Bemühungen zu beklagen. Die Landwirtschaftskammer verlegte im Juli v. Js. die Landwirtschaftliche Haushaltungsschule, die fast 41 Jahre mit dem Namen der Stadt verbunden war, nach Naumburg. Damit ist ein Plan zur Tafel geworden, der schon seit 1926 bestand und an dessen Verwirklichung trotz entgegenkommender Angebote der Stadt und trotz der noch 1928 gegebenen Zusicherung, daß eine Verlegung nicht beabsichtigt sei, in aller Stille weitergearbeitet worden ist. Nachdem die neuen Verlegungsabsichten im Spätherbst 1930 bekannt geworden waren, leitete ein monatelanger Kampf der Stadtverwaltung um die Erhaltung dieser alten Ausbildungsstätte der Landwirtschaft für Nebra ein. Obwohl sich auch der Herr Senator nachdrücklich für ihre Befreiung in Nebra einsetzte, blieb die Stadt Naumburg schließlich Sieger, weil sie der Landwirtschaftskammer ein wertvolles Grundstück geschenkt hatte und die zum Ausbau deselben erforderlichen Geldmittel zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen konnte, während es der wirtschaftlich schwachen Stadt Nebra nicht möglich war, zu allen anderen Vorkosten auch noch einen schon seit Jahren gewünschten Haushaltungsschulneubau zu finanzieren.

Es muß der Zukunft überlassen bleiben, zu zeigen, ob die Verlegung einer Ausbildungsstätte für künftige Landwirte in eine größere Stadt, die m. E. dem Lande einen nachteiligen Entzug — noch dazu in solcher Notzeit — eine sachliche Berechtigung hatte.

Die Sachlage zwingt dazu, wenigstens einen Teilausgleich durch Beschreitung neuer Wege zur Belebung der Wirtschaft und zur Hebung der Steuerkraft zu suchen.

Die landwirtschaftlich anerkannt schöne Lage der Stadt nebst Umgebung und die geschäftliche Bedeutung des Unstrutales legen es nahe, für Nebra als Ausflugsort und als Sommeraufenthaltsort für Erholungsbedürftige zu werben. Wenn auch derzeitige Bemühungen in der heutigen Zeit keinen allzu großen Erfolg versprechen, so muß die Vorbereitung doch planmäßig und zielbewußt weitergeführt werden. Gemisse Anzeichen zeigen, daß die bisherige Arbeit nicht umsonst war. Seitdem die Straße Nebra—Wemleben—Wendelstein—Artern in gutem Zustande ist, hat der Kraftfahrzeugverkehr über Nebra zum Nutzen der hiesigen Wirtschaft merklich zugenommen. In noch größerem Maße würde das der Fall sein, sobald auch die für Kraftfahrzeuge z. B. fast unpassierbare Durchgangsstrecke nach Bad Burg hergestellt ist (s. auch Vorschlag Wegebau-Verkehrswege).

Erfreulich war der außerordentlich starke Pfingstverkehr in diesem Jahre. Neben vielen anderen Ausflüglern hatte auch eine große Anzahl Badler, die mit ihren Booten der Unstrut ein prächtiges, farbenfrohes Bild gaben, Nebra als Ausflugsstation gewählt.

Und die Nebraner Vereine und Organisationen haben sich in der Berichtszeit mit viel Erfolg bemüht, daß Tagungen aller Art, die stets eine große Zahl auswärtiger Teilnehmer in die Stadt brachten, hier stattfanden.

Sinnig kommt, daß auch die beiden großen Nebraner Märkte, je 2 Tage lang starken Verkehr und reges Leben in die Stadt bringen. Eine ganz besondere Anziehungskraft übt jedoch in den letzten Jahren unser Kinderfest auch auf die Einwohner der umliegenden Ortschaften aus. Es ist infolge seiner stets ansprechenden Ausgestaltung zu einem wahren Volksfest geworden, das Hunderte von Besuchern in die Stadt zieht.

Auch die Belebung des Weihnachtsverkehrs mit dem Ziele, die Bewohner der umliegenden Ortschaften zu Einkäufen in hiesigen Geschäften anzuregen, hat sich die Stadtverwaltung angelegen sein lassen. Weihnachten 1930 ist der „Weihnachtsbaum für Alle“ eingeführt, der an 2 Stellen 14 Tage vor Weihnachten aufgestellt und elektrisch beleuchtet wird. Die Stadtkapelle und die örtlichen Gesangsvereine haben an einigen Tagen Einwohner und Besucher durch Weihnachtslieder erfreut. (Fortsetzung folgt.)

## 4 Wochen kostenlos

liefern wir Ihnen gegen Einsendung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbriele“.

### Was die WK sind?

Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!  
Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der geschultesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!  
Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Sachverständigen an ihre Abonnenten erteilt!  
Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung ein nie versagendes Nachschlagewerk bildet.

Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt Ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!

## Gutschein!

Rudolf LORENTZ Verlag  
Charlottenburg 9  
Kaiserdamm 38

Liefern Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

## Drucksachen

aller Art  
für alle Geschäftszwecke  
für jeden Privatbedarf  
in besten Ausführungen

liefert  
prompt  
und  
preiswert  
die

## Buchdruckerei Wilh. Sauer

ROSSLEBEN

## DIE WOCHE

SONDERNUMMER  
ITALIEN



Eine groß angelegte Darstellung des faschistischen Staates. Mit vielen Bildern überall für 48 Pfennig

## F. Poppe

Reichsbestand Weine —  
Angeboten bei den Amtsgerichten  
Nebra und Weide. — Vertreter  
Prospekte und Befrage alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im  
„Weißen Hof“ Nebra Sprachatg.

## GESCHÄFTS BÜCHER



## Die künftlichen

Burkbraun-

Schokoladen

und

-Pralinen

erhalten Sie stets frisch bei

Hugo Mögling.

Röstkaffee's

1/2 Pfund zu 60, 80 u. 100 Pfa.

Hugo Mögling

J. KRÖNIG-SCHNAPPE  
HÄNNOVER  
und anderer bekannter Firmen  
liefert

Buchhandlg. W. Sauer

Rosslieben

Inferieren bringt Gewinn!

Für die wohlthunenden Beweise der Liebe und Verehrung, die uns beim Heimgang unserer lieben, guten Mutter  
**Frau Auguste verw. Kloßner**  
von allen Seiten, sei es in Blumenmumuck, Wort oder Schrift entgegengebracht wurden, sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus.

In tiefer Trauer:  
**Die Hinterbliebenen.**

Trotz still zu meinem Grabe,  
Stört mich nicht in meiner Ruh,  
Denk, was ich gelitten habe  
Gibst mir nun die ewige Ruh.

**CLUB ist nicht**  
für Bilder-Sammler sondern für Qualitäts-Raucher.  
Und tatsächlich: Wer CLUB probiert bleibt dabei,  
denn echt macedonische Tabake sind eben nicht  
durch Bilder zu ersetzen



# Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ersteigentlich wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: I. W. R. Sauer in Köhlen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhlen.  
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wölglin (vorm. Wm. Weis), Markt 24/25  
Fernsprecher: Amt Köhlen Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen laufen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmaß 20 Pf., Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Nebra.

Nr 93

Donnerstag, den 4. August 1932.

45 Jahrgang

## Endgültige Zahlen

Beachtigstes vorläufiges amtliches Endergebnis.  
Der Reichswahlleiter gibt folgendes beachtigstes vorläufiges Endergebnis der Reichswahlwahl bekannt:  
Gültige Stimmen insgesamt: 36 882 434

1. Sozialdemokraten	7 953 986	133	Sitze
2. Nationalsozialisten	13 772 748	230	"
3. Kommunisten und SAP.	5 365 666	89	"
4. Zentrum	4 587 477	75	"
5. Deutschnationale	2 184 971	37	"
6. Deutsche Volkspartei	435 947	7	"
7. Wirtschaftspartei	146 107	1	"
8. Staatspartei	373 560	4	"
9. Bayerische Volkspartei	1 202 617	22	"
10. Deutsches Landvolk	91 287	1	"
11. Christlich-Soz. Volksdienst	364 986	4	"
11a. Volksrechtspartei	40 927	2	"
12. Deutsche Bauernpartei	137 090	2	"
14. Bayern. Weingeb. (Sdb.)	96 868	2	"
15. D. Hannover. Partei	46 873	1	"
18. Hörsingh. d. Beamten 5000 Mf.	1 147	1	"
19. Dt. Einheitspartei	1 842	1	"
20. Dt. Soz. Kampfbewegung	953	1	"
21. Nationale Minderheiten	34 969	1	"
23. Schicksalgen. d. E.	549	1	"
24. Kampfgem. d. Arbeiter	4 597	1	"
25. Freiwirtschaftl. Partei	14 131	1	"
26. u. 27. Ger.-Dem. u. Dt. Hlfsgr.	2 656	1	"
Sonstige Parteien	880		

Bei der Berechnung der Sitzahlen ist hierbei von den Wahlaktomen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Berechnung ihrer Reststimmen getroffen worden sind.

## Ruhe — erste Bürgerpflicht!

Dr. Brandt warnt vor Gewalttaten.

Berlin, 2. August.  
Der mit der Wahrnehmung der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Reichsminister Dr. Brandt, erklärt folgenden Zukunft:

Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat geurteilt. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Die Heiligkeit des Menschlebens darf nicht weiter angefaßt werden. Ich möchte zum letzten Mal! Die Staatsregierung wird selbst drastische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber dem friedliebenden Staatsbürger restlos zu erfüllen und den Bürgerfrieden zu mahnen, den unser Land braucht! Ich würde auch alle Organisationen wie jeden einzelnen, der durch seinen Willkür Taten zu liegen. Die Presse hat sich schon wiederholt über die Verhältnisse und durch unrichtige Berichterstattung zu entfallen, andererseits hat sie schwere Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.

## Neues Kanzler-Interview

Gegen Herrschaft der Parteien.

Berlin, 3. August.  
Der Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher von Papen zunächst rundweg und ungetönt erklärt, seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung um die Parteien angehen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.  
Er sagte dann weiter: „Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Verhalten der Regierung gutgeheißen hat, das das Volk der Parteikontrôle zu befreiten. Was wir verlangen, ist, daß unter Benützung Deutschlands von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.“  
Unterstützung des Zentrums?  
Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm vor den Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angeht als das dringende Bedürfnis nach objektiver, unparteiischer Arbeit aus dem Sattel zu werfen mag.“  
„von Papen hoffte, daß die Zentrumspartei nicht das Odium auf sich laden würde, eine Koalition herbeizuführen. Hauptsächlich Adolf Hitler sei er der Überzeugung, daß der Augenblick gekommen sei, da die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitwirken müsse. Der Reichskanzler erklärte weiter:

„Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das stand auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, kein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.“  
Schließlich machte der Vertreter der amerikanischen Agentur den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Kritik der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie gegen

gen kommunistische Anstrebungen Stellung nehme, aber nichts sage, wenn Nationalsozialist sich Gelegenheitsarbeiten zu suchen lassen.

### Gegen jeglichen Terror.

Der Reichskanzler erwiderte darauf unerschrocken und bestimmt: „Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königberg, wird erziehen, daß wir einschließen sind, reich und immaritätlich mit ihm zu verfahren.“ Der Reichskanzler versicherte, daß die Arbeit bestände, die kommunistische Partei für außer des Gesetzes stehend zu erklären.  
Als der amerikanische Journalist fragte, was der Reichskanzler mit seiner Anspielung auf eine „mögliche Verfassungsrevision“ in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler:

### Wahlreform.

Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.  
Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unter losen Annahmen des Parteien, nach dem jeder Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltenen Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Ich hoffe, daß unser Wahlsystem in dem Sinne revidiert wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wiederhergestellt wird.

### Verfassungsreform.

Der Reichskanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer von Verwaltungsreformen gesprochen hätten, aber niemand habe gehandelt. „Nehmen wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichsminister für Preußen verschmolzen wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen.“ In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Finanzreformen zu veröffentlichen, die sowohl im Reich als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürfen.“

## Die Regierungsfrage in Preußen

Aktuellentat am Mittwoch. — Vor der Ministerpräsidentenwahl.

Berlin, 2. August.  
Der Reichskanzler hat als Reichsminister für Preußen dem Preussischen Landtag offiziell in einem Schreiben von der Bildung der provisorischen preussischen Regierung Kenntnis gegeben. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun und die übrigen preussischen Minister von der Lösung ihrer Amtspflichten entbunden worden seien, weiter werden die Namen der Staatssekretäre mitgeteilt, die mit der vorläufigen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind.  
Der Aktuellentat des Landtags ist für Mittwoch zu einer Sitzung einberufen, an dem Termin der nächsten Landtagssitzung schließlich wird der Preussische Landtag schon in der nächsten Woche zusammentreten. Seine Hauptaufgabe wäre die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, die nach gemeinsamer Vereinbarung von Zentrum und Nationalsozialisten bis nach der Reichstagswahl verschoben worden war.

## Vollziehung des Reichsrats

Einprache mehrerer Länderregierungen.

Berlin, 3. August.  
Im Reichsrat teilte Reichsinnenminister Freiherr von Gumbel mit, die Reichsregierung habe von den früheren Erklärungen der Länder über die Reichsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen und erhoffe ein weiteres reibungsloses Zusammenarbeiten. Zu dieser Hoffnung sei die Reichsregierung um so mehr berechtigt, als die Gewähr gegeben sei, daß die Reichsträger durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.  
Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erklärte, die neue Zusammenlegung des Reichsrats entspricht nicht der Reichsverfassung; der Reichsrat sei nicht in der Lage, die ihm nach der Verfassung zuzukommenden Rechte auszuüben. Bayern behalte sich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Vertreter Bürttembergens, Badens, Hessens, Hamburgs, Lübecks, Bremens, Lippes und Schaumburg-Lippes gaben ähnliche Erklärungen ab. Die Vertreter der preussischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Reichsmöglichkeit vor.

Die sachlichen Verhandlungen des Reichsrats betrafen kleinere Beschlüsse, die hauptsächlich in den nächsten Wochen Beratungsgegenstände von größerer Bedeutung dem Reichsrat nicht zugehen werden.  
Zu Beginn der Sitzung hatte Reichsinnenminister Freiherr von Gumbel noch der Opfer der „Niobe“-Katastrophe gedacht.  
**Schafft Arbeit und Brot!**  
Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeinerverbandes.  
Berlin, 3. August.  
Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden hat sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung mit den von dem Präsidenten des Verbandes, Landrat a. D.

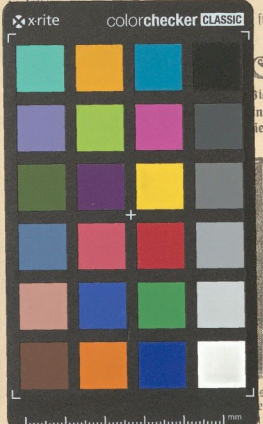
Dr. Gerete-Preisler, aufgeteilten nachfolgenden Richtlinien einhellig einverstanden erklärt:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Bekämpfung des Arbeitsmangels vollständig wirtsch. Arbeiten vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitenden wieder in Arbeit zu bringen.
2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungsstatistischen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einseitig unter Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane aufzustellen und durchzuführen.
3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten in vollem Maße der Arbeit und unter Ermöglichung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Bekämpfung erfährt, und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gestärkt wird.
4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in bestimmten Grenzen gehaltenen zinslosen Kreditverleihung auf der Grundlage des öffentlichen und des öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten. Der bürgerliche Bereich ist im Interesse der Finanzierung der Aufbautarbeiten durch Ausbau des Giroverkehrs und durch Verbilligung des Sparbills zu erweitern. Die Rechte sind in ihrer Ausübung entsprechend dem notwendigen Zweck zu begrenzen. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsböden im Einvernehmen mit den Kreditanstalten zu überwaachen.

## Kirche und Staat

Der evangelische Religionsunterricht in Preußen.

Berlin, 3. August.  
Ämlich wird mitgeteilt: Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen in der Erstellung des Religionsunterrichts im Rahmen des Art. 140 Abs. 1 der Reichsverfassung gehandhabt werden sollten, erneut behandelt worden. Die Verhandlungen führten erneut in wiederholten gemeinsamen Beratungen des gemeinsamen Unterrichtsministeriums, den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats (zweifellos namens der altpreussischen Union nicht angehörigen preussischen Landeskirchen) und den hauptsächlich evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preussischen Landtag soweit gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.  
Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Befolgung der damals festgelegten Grundsätze entschieden. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragung in der Regel staatliche Schulverwaltungen, ausnahmeweise Leiter oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genießen, den Religionsunterricht zu betreiben.



## Seipel 7

Bien, 3. August.  
Kanzler Prälat Dr. Seipel im Wiener

Er hat in dieser Zeit eine Reklife betrieben, deren Urbrünge in das alte Österreich zurückzuführen, und aus dieser Herkunft seines politischen Willens erklären sich auch die Hemmungen, die er gegenüber der allzu betonten Propagierung des Antriebsgedankens an Deutschland hatte und des öfteren auch geltend machte. Viele trügliche Bestimmung kann nicht verhindern anzuerkennen, daß Seipel, der als